

Veröffentlichung: ja

Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR, der BfA und der BA zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 29.07.2003

2. Entgeltmeldungen mit 1 DM bzw. 1 EUR

- 316.24/316.25/316.27 -

Von den Rentenversicherungsträgern wurden aus den Versicherungskonten Entgeltmeldungen herausgesucht, in denen lediglich ein Entgelt in Höhe von 1 DM bzw. 1 EUR übermittelt worden ist. Untersuchungen der Krankenkassen haben ergeben, dass die in den Beständen der Krankenkassen gespeicherten Entgeltmeldungen mit Beträgen von 1 DM bzw. 1 EUR von der Sachbearbeitung der Krankenkassen dann angegeben werden, wenn fehlende Entgeltmeldungen bei Arbeitgebern nicht mehr eingefordert werden können. Die Abmeldungen dieser Arbeitgeber wurden von den Krankenkassen mit dem fiktiven Entgelt von z. B. 1 DM/EUR erfasst, um die Mitgliedschaft zu beenden, damit ungerechtfertigte Leistungen aus der Krankenversicherung vermieden werden. Durch diese Verfahrensweise wurde gleichzeitig sichergestellt, dass es zu keinen wiederholten Erinnerungen fehlender Entgeltmeldungen durch die Krankenkassensoftware oder die Rentenversicherungsträger kommt.

Die Verfahrensweise der Krankenkassen hat zu Problemen bei der Rentenversicherung geführt, da aus den Meldungen eine beitragsgerechte Leistungsgewährung nicht möglich ist.

In der Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 28.05.2002 (Punkt 10 der Niederschrift) haben die Besprechungsteilnehmer daher folgende Vorgehensweise festgelegt:

Die Krankenkasse erstattet in den Ausnahmefällen, in denen trotz ihrer Ermittlungen der Arbeitgeber nicht auffindbar ist oder nicht mehr existiert, zum Zeitpunkt des von ihr ermittelten Endes des Beschäftigungsverhältnisses (z. B. zum Ablauf des Monats, für den der Arbeitgeber zuletzt einen Beitragsnachweis eingereicht hat) eine Abmeldung mit Entgeltangabe „000000“ und leitet diese an den Rentenversicherungsträger weiter. Sofern in diesen Fällen auch eine Jahresmeldung fehlt und nicht mehr rekonstruiert werden kann, kann die

Krankenkasse zur Vermeidung von Erinnerungen an fehlende Jahresmeldungen außerdem zum 31.12. des betroffenen Kalenderjahres eine Jahresmeldung mit der Entgeltangabe „000000“ erstatten und an die Rentenversicherungsträger weiterleiten. Damit diese Fälle von der Rentenversicherung erkannt werden, sind für Jahresmeldungen der Grund der Abgabe 94 und für Abmeldungen der Grund der Abgabe 95 anzugeben. Die Zulassung dieser Meldungen durch das gemeinsame Kernprüfprogramm erfolgt seit 01.12.2002.

Außerdem wurde beschlossen, eine Prüfung und Fehlerabweisung von Entgeltangaben in Höhe von 1 DM/1 EUR durch das gemeinsame Kernprüfprogramm vom 01.12.2002 an einzuführen.

Nach Einsatz des geänderten Kernprüfprogramms treten vereinzelt Fälle auf, in denen Arbeitgeber sich über die Abweisung von Meldungen beschweren, die nach ihrer Ansicht fehlerfrei sind.

Die Besprechungsteilnehmer bestätigen, dass in der Praxis Fälle vorkommen, in denen Arbeitgeber Abmeldungen oder Entgeltmeldungen korrekt mit 1 DM/EUR erstatten. Es ist allerdings zu vermuten, dass es sich um eine sehr geringe Anzahl von Fällen handelt. Damit es hier nicht zu unberechtigten Fehlerabweisungen gegenüber den Arbeitgebern kommt, legen die Besprechungsteilnehmer fest, dass auf dem Meldeweg Arbeitgeber an Krankenkasse (AGDEU) solche Meldungen angenommen und bei den Krankenkassen verarbeitet werden. Die durch die Kernprüfung beim Rentenversicherungsträger abgewiesene Meldung ist anschließend von der Krankenkasse zu prüfen und bei positivem Prüfergebnis der Rentenversicherung in schriftlicher Form zwecks Aufnahme im Rentenkonto zuzuleiten. Der Einsatz des geänderten gemeinsamen Kernprüfprogramms wird auf den 01.12.2003 terminiert. Sollte sich in der Praxis zeigen, dass es sich hier nicht nur um Einzelfälle handelt, ist die Angelegenheit nochmals in einer Meldebesprechung zu behandeln.

Die aufgrund der Ergebnisse der Besprechungen der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 17.06.2002 und 29.07.2003 angepasste Anlage 9 des gemeinsamen Rundschreibens „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ sowie das Austauschprotokoll dieser Anlage sind der Niederschrift als Anlagen beigelegt.

Anlagen